



*Palästinenser*innen und ihre Unterstützer*innen demonstrieren gegen die damalige Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt Israels anzuerkennen, Berlin, Deutschland, 10. Dezember 2017. (Anne Paq/Activestills)*

Deutschland hat soeben einen weitergehenden drastischen Schritt in die Richtung unternommen, jeden palästinensischen Aktivismus zu kriminalisieren



Ein neuer, von Ministern und Senatoren herausgegebener Bericht soll die rechtliche Grundlage zur Ausgrenzung von palästinensischen Gruppen bilden und Verbote von Landkarten des historischen Palästinas ermöglichen.

Von [Hebh Jamal](#), 21. Dezember 2022

Ein neuer Bericht der Deutschen Innenministerkonferenz (IMK), der sich vorrangig mit der „*Prävention und Intervention gegen Israel-bezogenen Antisemitismus*“ befasst, drängt auf [weitere harte Maßnahmen](#) gegen die pro-palästinensische Solidarität und stellt sogar Schritte in Richtung der Kriminalisierung solcher Äußerungen und Aktivitäten zur Diskussion.

Der Bericht, der von einer der Arbeitsgruppen der IMK verfasst und Anfang Dezember 2022 durch die Konferenz verabschiedet wurde, setzt durchgehend Anti-Zionismus mit Antisemitismus gleich, indem er sich auf die kontroverse [Antisemitismus-Definition der IHRA](#) (*International Holocaust Remembrance Alliance*) bezieht. Er enthält konkrete Handlungsvorschläge wie etwa Schulen zu drängen, ihren Schülern im Klassenraum ein positiveres Bild von Israel zu vermitteln und Amnesty Internationals jüngsten [Bericht zum israelischen Apartheidsystem](#) vom Februar 2022 als „antisemitisch“ einzustufen. Der IMK-Bericht schlägt sogar vor, Landkarten, die „*das Existenzrecht Israels infragestellen*“, zu verbieten, lässt dabei jedoch offen, ob hiervon auch Landkarten des historischen Palästinas betroffen sein sollen.

Die Entscheidungen der Innenministerkonferenz haben keine direkte rechtlich bindende Wirkung, so dass der Bericht derzeit nicht als Rechtsgrundlage eingesetzt werden kann. Doch spielt die Konferenz, die aus den Innenministern und Senatoren der sechzehn deutschen Bundesländer besteht, eine wichtige Rolle bei der Abstimmung der Aktivitäten der örtlichen Landesregierungen, und ihre Resolutionen sind darauf ausgelegt, dass sie auf Landesebene umgesetzt werden. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt zwar nicht etwa bei der IMK, politisch betrachtet sind deren Resolutionen jedoch durchaus bindend, weil sie den Regeln der Konferenz zufolge nur einstimmig verabschiedet werden können.



Mitglieder von Amnesty International halten in Jerusalem eine Pressekonferenz ab und verkünden die Veröffentlichung des Berichts der Organisation zur israelischen Apartheid, 1. Februar, 2022. (Oren Ziv)

Zudem legt ein IMK-eigenes Informationspapier ganz konkret fest, dass eine Nichtbefolgung ihrer Resolutionen „die Fundamente der kollegialen und vertrauensvollen Kooperation [zwischen den Bundesländern] in der Zukunft erschüttern“ würde. Folglich verfahren die Innenministerien der Länder in der Regel in Einklang mit den Vereinbarungen der IMK und berichten sich gegenseitig über das Auskommen dieser Abmachungen und über die ergriffenen Maßnahmen.

In einer Stellungnahme gegenüber +972 erklärte Amnesty International: „Die Organisation steht gegen Antisemitismus, da dieser den Menschenrechten zuwiderläuft. Wir setzen uns gegen Diskriminierung, Rassismus und Hassverbrechen in allen Formen ein, auch gegen solche, die gegen Juden und Jüdinnen oder gegen Personen gerichtet sind, die als jüdisch wahrgenommen werden. Amnestys ganze Kritik an der israelischen Regierung beruht auf internationalen Rechtsnormen und auf Beweisen für die erheblichen Schäden und das große Leiden, die Israels Politikstrategien für Palästinenser*innen bedeuten. Amnesty kritisiert die israelische Regierung, nicht die israelische Bevölkerung oder das jüdische Volk.“

Auf die Bitte der Autorin um einen Kommentar seitens der IMK hat die zuständige Stelle leider nicht reagiert.

„EIN TRÜGERISCHER BLICK AUF DIE REALITÄT DER BESATZUNG“

Der IMK-Bericht hebt besonders die [Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen \(BDS\)](#) Bewegung hervor. Er beschreibt diese als gefährlich und antisemitisch und erklärt, dass die Bewegung aus „ausländischen Extremisten, islamistischen Terror-Organisationen und linksradikalen Gruppen“ bestehe – eine Behauptung die von der israelischen Regierung massiv [vorangetrieben](#) wird. Zudem beschuldigt er die BDS-Bewegung, „arabisch-nationalistischen und islamistischen Antisemitismus und Terror im Nahen Osten herunterzuspielen“, indem sie deren Rhetorik mit wissenschaftlichen Argumentationen rechtfertige. Der Bericht führt fort: „Sympathisanten der BDS-Kampagne finden sich auch in der Kunst- und Kulturszene und ebenso innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft.“

Deutschlands hartes Vorgehen gegen die BDS-Bewegung hat sich über die Jahre immer weiter verschärft und wurde im 2019 durch eine [Bundestagsresolution](#), die BDS als inhärent antisemitisch einstuft und Organisationen, die den Boykott unterstützen, grundsätzlich vom Zugang zu öffentlichen Geldern und öffentlichen Räumen ausschließt, noch zusätzlich beschleunigt. Diese Resolution erlaubte Universitäten, Landesregierungen und öffentlichen Stellen, Palästinenser*innen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlung zu [verweigern](#).



Kerem Schamberger. (Courtesy)

Diese Art der Zensur hat zu einer Woge anti-palästinensischer, politischer Ressentiments und Politiken in Deutschland beigetragen, wobei deren Unterstützer davon überzeugt sind, dass dies durch Deutschlands historische Verantwortung gegenüber Israel aufgrund des Holocausts gerechtfertigt sei. Im Ergebnis wird nun jede Kritik an Israels Unterdrückung von Palästinenser*innen oft sofort als problematisch betrachtet.

„Das ist eine wirklich gefährliche Entwicklung in eine autoritäre Richtung“, erklärte Kerem Schamberger, ein deutscher Kommunikationswissenschaftler und politischer Aktivist zu dem neuen IMK-Bericht. „Die Verabschiedung dieser politisch instrumentalisierten Definition des Antisemitismus durch den deutschen Staat, seine Institutionen und seine führenden Politiker wirft einen trügerischen Blick auf die Realität der Besatzung und wehrt jegliche Kritik daran ab.“



Poster und Graffitis im Berliner Vorort Neukölln, die den palästinensischen Kampf unterstützen, Deutschland, 21. Juli 2022. (Oren Ziv)

„So wird versucht, alle pro-palästinensischen Auftritte zu kriminalisieren und zu bestrafen“, sagte Schamberger weiter. „Auf allgemeiner Ebene wurde mit der Anti-BDS-Resolution in dieser Richtung schon vorgebaut; doch das war erst der Anfang. Jetzt sind die Bundesländer auf der Suche nach spezifischen Instrumenten, mit denen sie die internationale Solidarität und die pro-palästinensischen Aktivisten ins Visier nehmen können.“

„DIESELBEN ALTEN HALTLOSEN ARGUMENTE“

Um der BDS-Bewegung entgegenzuwirken, empfiehlt die Arbeitsgruppe, die den jüngsten IMK-Bericht verfasst hat, *„adäquate Bildungsmedien und Bildungsformate für Schulen“* und die Entwicklung eines Fortbildungsprogramms für Lehrkräfte, um *„ein realistisches Bild von Israel zu befördern“*.

Zu Beginn des Monats Dezember 2022 hatte das +972-Magazin bereits über den aggressiven Vorstoß des [deutschen Bildungssystems](#) berichtet, in den Klassenräumen zu übernehmen. Das führte nicht nur dazu, dass kritische Gespräche zwischen Schüler*innen und Student*innen immer seltener wurden, die Akzeptanz gegenüber pro-palästinensischen Dialogen ließ ebenfalls stark nach, was für Palästinenser*innen eine oft feindliche Lernumgebung mit sich brachte. Ihrem Bericht zufolge ist die IMK jedoch überzeugt, dass eine noch stärkere pro-israelische Ausrichtung in den Schulen und intensivierte Austauschprogramme mit Israel notwendig sind.

Der Bericht drängt aber nicht nur auf erweiterte Maßnahmen zur Bekämpfung aller pro-palästinensischen Solidarität. Mit dem erklärten Ziel, diese *„so weitreichend wie möglich“* zur Anwendung zu bringen, befürwortet er auch härtere Strafen für palästinensische Aktivisten. Die Arbeitsgruppe ist bestrebt, eine nationale Modellrichtlinie zu entwickeln, die von allen Antisemitismusbeauftragten auf Bundes- und Landesebene genutzt werden kann, um antisemitische Aktivitäten in ganz Deutschland unter Beobachtung zu stellen und nachzuverfolgen.

Unter dem Deckmantel des *„Verbots antisemitischer Zusammenkünfte“* schlägt die IMK weiter vor, *„eine neue rechtliche Basis“* zu schaffen, um Aktivitäten gegen Israel kriminalisieren oder *„die Bildung von [pro-palästinensischen] Gruppen oder Vereinigungen“* durch gesetzliche Vorschriften gegen pro-palästinensische Vereine und Aktivitäten *„strafrechtlich verfolgen“* zu können.



Die Berliner Polizei verhaftet einen palästinensischen Demonstranten während eines Nakba-Tag Flash Mobs, nachdem alle Veranstaltungen zum Gedenken an den Tag in der Stadt verboten worden waren. (@thequestionislysh)

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich indes ohnehin schon dazu verpflichtet, pro-palästinensische Zusammenkünfte zu blocken. Anfang [diesen Jahres](#) (2022) verhaftete und inhaftierte die Berliner Polizei bei Demonstrationen zum [Nakba-Tag](#) 179 Personen, von denen manche nichts weiter verbrochen hatten, als dass sie eine palästinensische Flagge oder ein Palästinensertuch trugen. Eine Mahnwache zum Tod von Shirin Abu Akleh, die von jüdischen Veranstaltern geplant worden war, hat die Berliner Polizei ebenfalls verboten – alles im Namen der Antisemitismusbekämpfung.

„Hierbei handelt es sich lediglich um einen weiteren Versuch, aller Vernunft zum Trotz die immer gleichen haltlosen Argumente anzubringen, um mittels unverbindlicher politischer Richtlinien Personen und Gruppen davon abzuschrecken, dass sie sich freimütig für palästinensische Rechte und legitime Forderungen nach Verantwortlichkeit einsetzen“, sagte Alice Garcia, Leiterin der Abteilung Kampagne und Kommunikation des Europäischen Rechtshilfe Zentrums gegenüber dem +972-Magazin.

„Angesichts ihrer fehlenden Substanz und der Nicht-Beachtung von Grundrechten wie die freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wäre es natürlich schwierig, solche Maßnahmen mit Gesetzesvorschlägen durchzubringen“, sagte Garcia. *„Insofern ist dieses Dokument eines der Mittel mit dem die Beförderer eines anti-palästinensischen Diskurses versuchen, eine neue Handlungskategorie einzuführen, mit sie jegliche pro-palästinensische Solidarität auf Dauer gerne als rechtswidrig eingestuft sehen würden und die deshalb entschieden verurteilt und hinterfragt werden muss.“*

ZURÜCKDRÄNGEN

Manche Gruppen haben die aufkommende deutsche Anti-Palästina-Kampagne tatsächlich verurteilt und infragegestellt. Ahmed Abed, ein palästinensisch-deutscher Rechtsanwalt, war kürzlich mit einem Fall befasst, der diese Bemühungen beispielhaft dokumentiert. Dem Palästinakomitee Stuttgart, einer Gruppe, die die BDS-Bewegung unterstützt, wurde wegen ihrer anti-zionistischen Politik von der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) das Bankkonto gekündigt.

Abed half der Gruppe mit Erfolg, diese Kontokündigung wieder aufzuheben – am 26. April entschied das Oberlandesgericht Stuttgart, dass die Kündigung durch die LBBW nicht gerechtfertigt war. *„[Das Gericht] erklärte, dass die BDS-Bewegung für das jüdische Leben in Deutschland keine Bedrohung darstellt“,* so Ahmed Abed +972. Doch die Autoren des IMK-Berichts scheint dies kaum beeindruckt zu haben.



Pro-palästinensische Aktivist*innen marschieren während der jährlichen Demonstrationen zum Maifeiertag in Berlin, 1. Mai 2017. (Keren Manor/Activestills.org)

„Die Innenminister und Senatoren der Länder handeln entgegen ihrer eigenen Verfassungen und der Anti-Apartheid-Konvention zuwider, der sich Deutschland verpflichtet hat“, sagte Abed über den Bericht. „Aufgrund des israelischen Apartheid-Systems rufen Menschenrechtsorganisationen inzwischen nach Sanktionen, während man friedliche und gewaltlose Formen des Protests wie die BDS-Bewegung kriminalisiert. Palästinenser*innen werden für Aussagen wie ‚Palästina wird frei sein, vom Fluss bis zur See‘, für die Verwendung der Landkarte des historischen Palästinas oder wegen BDS-Aktivitäten strafrechtlich verfolgt. Die jüngsten Gerichtsentscheide, die hierfür allerdings keinerlei Raum bieten, werden von den Innenministern schlichtweg ignoriert“.

Selbst jüdische Wissenschaftler und Künstler aus Israel sind mit der Richtung, in die sich die Dinge in den letzten Jahren in Deutschland entwickeln, nicht glücklich. Im Jahr 2020 verlangten Dutzende jüdisch-israelische Wissenschaftler und Künstler in einem gemeinsamen Brief, dass die Bundesregierung ihren Antisemitismusbeauftragten Felix Klein wegen der „Instrumentalisierung des Antisemitismus“ gegen Israelkritiker*innen aus seinem Amt entfernt. „Als offizieller Vertreter der deutschen Regierung untergräbt Felix Klein die Wahrnehmung grundlegender Freiheiten – in Anbetracht Ihrer Selbstverpflichtung gegenüber demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit sollte Ihre Regierung dadurch zutiefst alarmiert sein“, hieß es in dem Brief.

Es ist noch nicht klar, wie sich die aktuelle Resolution der IMK weiter auswirken wird. Ebenso wenig können wir vorhersehen, wie bald sich deren Formulierungen in den Gesetzen der Länder wiederfinden werden. Doch eines ist klar – in der angeblich demokratischen Bundesrepublik Deutschland wird es sehr viel härter werden, für die Freiheit Palästinas einzutreten.



Hebh Jamal ist eine palästinensisch-amerikanische Journalistin und Advokatin, die aktuell in der Bundesrepublik Deutschland lebt.